21. März 2020, 17:42 Uhr Coronavirus

Die Demokratien müssen Krise lernen

Freiheiten werden abgebaut, Rechte gebeugt. Die Gemeinschaft wird das nicht ertragen, wenn sich nur der Hauch eines Verdachts ergibt, dass diese Rechte und Freiheiten nicht wieder zurückkehren.

Kommentar von Stefan Kornelius

Sie hat keinen Namen, diese Katastrophe, sie verbindet sich mit keinem Gefühl. So wie das Coronavirus nicht zu riechen, zu schmecken und zu sehen ist, so ist das Ausmaß seiner zerstörerischen Kraft noch nicht mit Worten zu fassen. Ein Notstand? Eine globale Apokalypse? Eine Menschheitskrise? Begriffe vermitteln nur unzureichend, welche Kraft den Erdball gepackt hat.

Die Menschheit hat diesen kollektiven Ausnahmezustand seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erfahren. Sie erlebt nun eine gemeinsame Bedrohung, sie fürchtet simultan um Leib und Leben, um Stabilität, Wohlstand, Arbeit, Sicherheit. Gesellschaften verschließen sich in existenziellen

Augenblicken, achten auf das eigene Überleben, entwickeln ungeahnte Kräfte - im Zusammenhalt, aber auch in der Destruktion.

Schon die ersten Wochen zeigen, welch konstruktive, aber auch welch zerstörerische Wucht in der Corona-Pandemie steckt. Demokratien reagieren anders als totalitäre Strukturen. Die Radikal-Isolierung der Menschen in Wuhan mit Mitteln der Repression und der Zensur war unbarmherzig. Was hinter der Mauer geschah, wird man in all seiner Grausamkeit vielleicht später erfahren.

Kaum eine Demokratie kann diesen Druck auf Dauer aushalten. Demokratien reagieren zunächst mit einem Ausbruch von Solidarität und Geschlossenheit. Was aber, wenn diese Gemeinsamkeit nicht den erwünschten Erfolg liefert? Wenn die Methoden der Seuchenbekämpfung infrage gestellt werden? Zeit zu gewinnen sei nun der entscheidende Faktor, sagen die Experten, aber Zeit ist ein subjektiver Begriff. Nicht jede Psyche wird die Isolation über Wochen hinweg aushalten. Keine wissenschaftliche Logik wird den freien Geist und das Gefühl einsperren können.

Demokratien führen keine Kriege, heißt es. Demokratien sind auch nicht geschaffen für den Ausnahmezustand, jedenfalls nicht auf Dauer. Demokratie braucht Widerspruch und verlangt nach Aufklärung: warum es etwa so schwierig ist, Masken oder Schutzanzüge herzustellen oder Millionen Bürger binnen kürzester Zeit auf das Virus zu testen.

Das größte ethische Dilemma kann allerdings auch die Demokratie nicht lösen: Wie viel Schaden ist ein Gemeinwesen in der Lage zu ertragen, um Menschenleben zu retten? Oder umgekehrt und in aller Härte formuliert: Muss die Gesellschaft sich entscheiden, ob sie lieber Menschen vor dem Tod bewahren will - oder ob sie ihren gemeinschaftlichen Charakter erhalten möchte mit all seinen Arbeitsstrukturen, dem Lebensstil, den Institutionen aus der Zeit vor der Krise? Dabei geht es nicht um die Spaßgesellschaft und ihre Spielwiesen. Es geht um grundlegende Errungenschaften wie etwa die Europäische Union und ihre Währung, um gesellschaftliche Stabilität dank niedriger Arbeitslosigkeit oder das Sicherheitsversprechen für Rentner und junge Leute gleichermaßen.

Keine Gesellschaft, kein ethisch denkender Mensch kann diese Antwort geben. Wer seine Liebsten verliert durch das Virus, wird es der Gesellschaft und den Verantwortlichen möglicherweise nicht verzeihen, wenn sie nicht alles Erdenkliche zur Rettung unternommen haben. Wer seine wirtschaftliche Existenz verliert, wer nach der Krise mit leerem Blick auf den politischen Trümmern sitzt, wird fragen, ob es das Opfer wert war.

Dieser moralische Zwiespalt wird sich Bahn brechen - und er muss thematisiert werden, in vernünftigem Ton. Politische Führung in Krisenzeiten zeichnet sich nicht durch demonstrative Härte aus, sondern durch Sensibilität. Sie muss der Gesellschaft die Entscheidung zwischen Leben und Tod ersparen.

Aktuelles zum Coronavirus - zweimal täglich per Mail oder Push-Nachricht

Alle Meldungen zur aktuellen Lage in Deutschland und weltweit sowie die wichtigsten Nachrichten des Tages - zweimal täglich mit SZ Espresso. Unser **Newsletter** bringt Sie morgens und abends auf den neuesten Stand. Kostenlose Anmeldung: sz.de/espresso. In unserer **Nachrichten-App** (hierunterladen) können Sie den Espresso oder Eilmeldungen auch als Push-Nachricht abonnieren.

Das Vertrauen in die Institutionen des Staates, in das Gesundheitssystem, auch in die demokratische Vernunft der Gewählten ist hoch. Das macht Deutschland, anders als etwa die USA, zu einer berechenbaren Demokratie selbst in existenziellen Momenten.

Krise aber muss diese Demokratie lernen, weil das Virus heimtückisch ist. Es kann selbst die Demokratie befallen. Freiheiten werden abgebaut, Rechte gebeugt, Sicherheiten genommen. Die Gemeinschaft wird das nicht ertragen, wenn sich nur der Hauch eines Verdachts ergibt, dass die Rechte nicht wieder zurückkehren. Israel hat die Gewalten außer Kraft gesetzt, in den USA glauben nun auch die Vernünftigen, dass sie sich mit Waffen schützen müssen. Irrationalität und Angst können fürchterliche Kräfte freisetzen, die keine Ausgangssperre bändigen kann.

Die Menschheit wird die Kraft nicht aufbringen, auf die größte momentan denkbare Herausforderung gemeinsam zu antworten. Führungsnationen wie die USA haben abgedankt, neue Mächte wie China erweisen sich zur Führung als ungeeignet. Der Staatstheoretiker Thomas Hobbes stellte lakonisch fest, dass der Mensch dem Menschen eben ein Wolf sei, dass sich Staaten im Angesicht von Konflikten zerfleischen, aber nicht helfen. Das ist die bittere Erkenntnis nach der kurzen Krisenzeit. Gesellschaften ziehen sich zurück, suchen das Heil in immer kleineren Gemeinschaften. Aber auch vor ihnen wird dieses Unheil nicht haltmachen.

Bestens informiert mit SZ Plus – 14 Tage kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: <u>www.sz.de/1.4852145</u>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 21.03.2020/ihe

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.